

Mittwoch, 23. März 2011

«Wir waren immer für die Stilllegung»

Der Basler Gesundheitsdirektor Carlo Conti (CVP) zum Widerstand gegen Fessenheim

INTERVIEW: PATRICK KÜNZLE, PATRICK MARCOLLI

Die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland fordern eine sofortige vorübergehende Stilllegung des französischen AKW Fessenheim. Dieses stelle eine ernsthafte Bedrohung für die regionale Bevölkerung dar.

BaZ: Carlo Conti, sind Sie persönlich für oder gegen Atomkraftwerke?

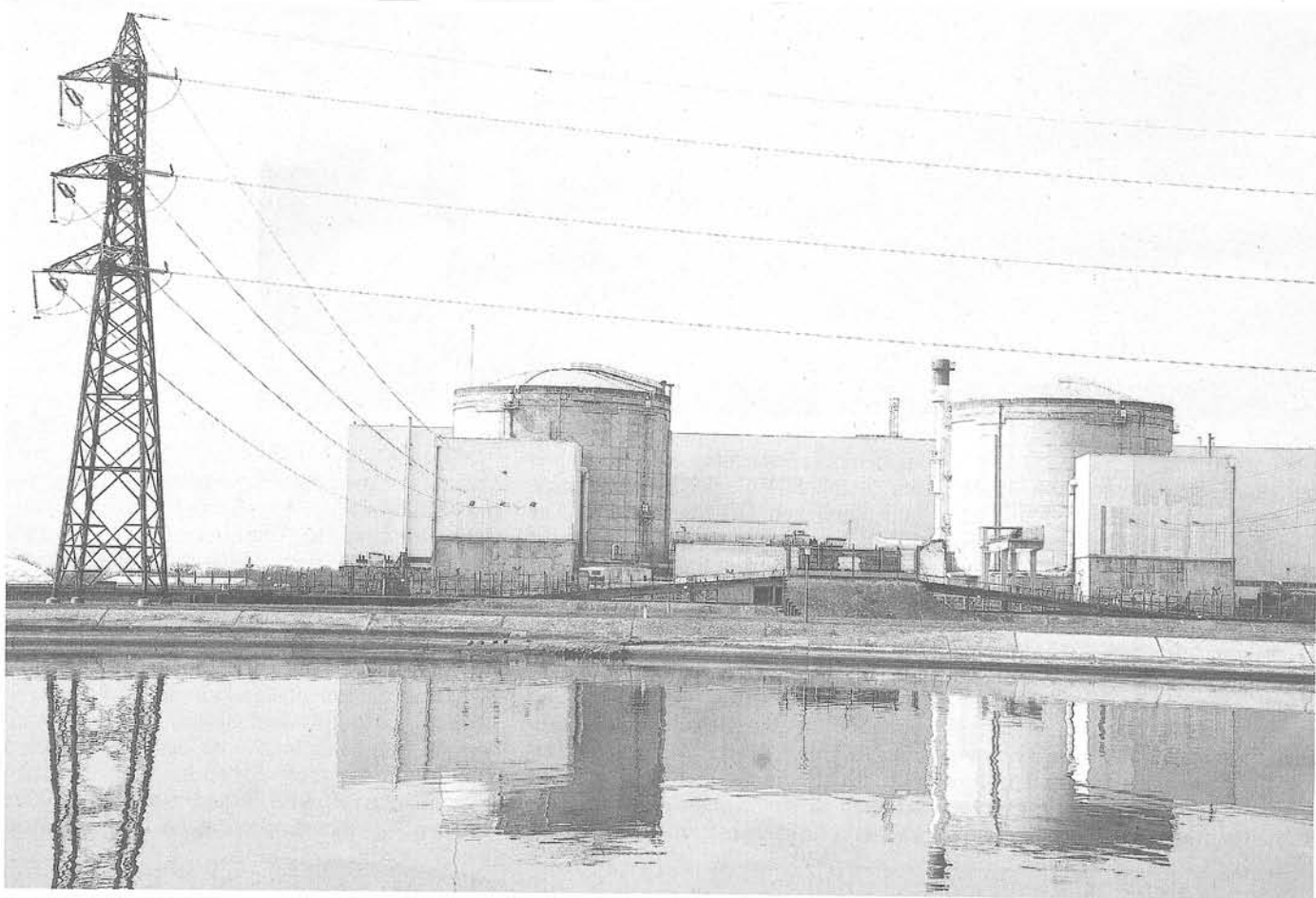
CARLO CONTI: Ich bin gegen Atomkraftwerke.

Die Regierungen beider Basel fordern eine vorübergehende Stilllegung des AKW Fessenheim. Weshalb nur eine Pause und keine definitive Abschaltung?



Foto Roland Schmid

Die periodische Erneuerung der zehnjährigen Betriebsbewilligung für Fessenheim steht an. Und wir sind entschieden der Auffassung, dass man nun nicht einfach die Bewilligung für die nächsten zehn Jahre erteilen



Das älteste AKW Frankreichs. Fessenheim wurde 1978 in Betrieb genommen; es liegt 35 Kilometer von Basel entfernt. Foto Keystone

und so tun kann, als sei nichts passiert auf der Welt. Unsere erste und einfachste Forderung ist zwar die definitive Schliessung. Aber wenn dies nicht möglich ist, so ist zumindest eine vorübergehende Stilllegung nötig. Man muss jetzt die Gelegenheit nutzen, die Sicherheitssituation umfassend zu überprüfen.

Das heisst: Es ist ein pragmatischer Entscheid, nur die vorübergehende Abschaltung zu fordern?

Wir möchten einfach mindestens eine vorübergehende Schliessung erreichen. Wichtig scheint mir zudem, dass die Forderung übereinstimmt mit den jüngsten Verlautbarungen des Regierungspräsidiums in Freiburg und des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg in Stuttgart. Es ist ein regional koordiniertes Vorgehen.

Betreiben die Regierungen der beiden Basel mit ihren Forderungen nicht einfach Aktionismus angesichts des Stimmungswechsels in der Bevölkerung gegenüber AKW?

Sicher nicht. Die Basler Regierung war immer für die Stilllegung von Fessenheim. 2007 gaben wir im Gesundheitsdepartement zum Beispiel eine Studie zur Erdbebensicherheit in Auftrag. Wir haben auch stets versucht, in zwei Kommissionen Einfluss zu nehmen. Zum einen in der Commission franco-suisse de sûreté nucléaire et de radioprotection – darin vertritt der frühere Basler Kantonschemiker André Herrmann die Schweiz. André Herrmann ist zudem Präsident der Eidgenössischen Strahlenschutzkommission. Er ist ein Kämpfer der ersten Stunde gegen Fessenheim und hat stets auf die gesundheitlichen Gefahren für unsere Bevölkerung aufmerksam gemacht. Hinzu kommt, dass wir seit jeher eine sehr enge Kooperation mit dem Trinationalen Atomschutzverband haben und diesen auch unterstützen.

Es gibt Schweizer AKW, die noch älter als Fessenheim sind. Haben sich die Regierungen der beiden Basel auch überlegt,

eine vorübergehende Stilllegung von Leibstadt oder Gösgen zu fordern?

Die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung besteht unabhängig vom Standort des AKW. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht, dass der Radius von 20 Kilometern rund um ein Kernkraftwerk je nach Wetter- und Windlage nur eine technische Grenzziehung ist.

Trotzdem fordern Sie keine Stilllegung. Weshalb?

Die Bevölkerung kann auf politischem Weg gegenüber Atomkraftwerken in der Schweiz Stellung nehmen. Der demokratische Entscheidungsprozess ist offen und der Bundesrat hat schon reagiert. Fessenheim hingegen liegt nicht auf unserem Hoheitsgebiet, und wir müssen daher versuchen, auf diplomatischem Weg Einfluss zu nehmen. Dies soll Anfang April geschehen bei einem Treffen unserer Regierungsräte Guy Morin, Christoph

Brutschin und Hans-Peter Wessels mit dem Präsidenten des Conseil Régional Alsace. Und die Regierungen beider Basel haben einen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard verabschiedet. Sie soll in den anstehenden Gesprächen der zuständigen Ministerien der Schweiz und Frankreichs den Aspekt Fessenheim einbringen.

Ihre Parteikollegin Leuthard war bis vor zwei Wochen jedoch nicht als glühende AKW-Gegnerin bekannt. Kann Sie die Anliegen der beiden Basel überzeugend vertreten gegenüber Frankreich?

Die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung hat nichts mit der Einstellung in energiepolitischen Fragen zu tun.

Ganz neue Töne aus Liestal

Umdenken bei Regierung

MICHAEL ROCKENBACH

Eine gemeinsame Erklärung der beiden Basel gegen das AKW Fessenheim war lange undenkbar. Nun hat man in Liestal aber «neue Schlüsse» gezogen.

Die bürgerlich dominierte Baselbieter Regierung war bis vor Kurzem alles andere als atomkritisch. Nun setzt sie sich zusammen mit dem Basler Regierungsrat aber trotzdem für die Stilllegung des AKW im elsässischen Fessenheim ein. «Nach tragischen Ereignissen wie in Japan werden gewisse Sachen hinterfragt. So kommt man zu neuen Schlüssen, was ganz gut ist», sagt der Baselbieter Baudirektor Jörg Krähenbühl (SVP) zum Umdenken in Liestal.

Im konkreten Fall kam die Baselbieter Regierung zu zwei neuen Schlüssen. Erstens: Das AKW in Fessenheim ist gefährlich, weil es in einem erdbebengefährdeten Gebiet steht. Und zweitens: Die Anlage wäre auch an jedem anderen Ort unsicher, weil sie veraltet ist. Darum soll das AKW «vom Netz», wie Krähenbühl sich ausdrückt, nicht unbedingt «heute oder morgen», aber «spätestens übermorgen».

Das gemeinsame Vorgehen mit Basel-Stadt werde der Forderung das nötige Gewicht geben, hofft er. Zuerst in Bern bei Doris Leuthard (CVP) und danach in Paris beim geplanten Treffen der Schweizer Energieministerin mit der französischen Umweltministerin Nathalie Kosciusko-Morizet. Diese schliesst es bei älteren Anlagen zumindest nicht mehr aus, dass die Laufzeit «von manchem Kraftwerk» nicht mehr verlängert wird.

Das ist bereits eine bemerkenswerte Aussage für die Vertreterin jenes Landes, das so stark wie kein zweites von Atomstrom abhängig ist. Offenbar denkt man in diesen Tagen nicht nur in Liestal um.

GRÜNE VORSTÖSSE. Philipp Schoch, Präsident der Baselbieter Grünen, freut sich über diese Entwicklung. Seiner Ansicht nach ist es mit einer ersten, gemeinsamen Stellungnahme der beiden Basel gegen Fessenheim aber noch nicht getan. Darum reichen die Grünen im Landrat mehrere Vorstössen ein, in denen sie unter anderem einen Beitritt des Baselbiets zum Schutzverband Fessenheim und eine Standesinitiative für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie fordern. Schoch gibt sich siegesgewiss: «Weil in der Energiepolitik nichts mehr ist, wie es noch vor Kurzem war.»